



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Neue Parteiprogramme. 2. Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Neue Parteiprogramme

### 2. Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie



Das sozialdemokratische Aktionsprogramm hat in den Reihen der Partei eine schlechte Presse gefunden und der Parteiausschuß lehnte die vom Vorstände vorgeschlagene Abstimmung mit der Begründung ab, daß ihm vorher eine Ergänzung notwendig erscheine. Trotzdem kann die provisorische Fassung als interessantes Stimmungsbild über den gegenwärtigen Stand der Parteibewegung volle Aufmerksamkeit beanspruchen.

Einer der geistigen Väter des Programms, der schon erwähnte Genosse Kunow, macht im Vorwärts gegenüber der von allen Seiten laut werdenden Kritik unseres Erachtens mit Recht geltend, daß die Zusammenhäufung aller möglichen Forderungen schwerlich ein Aktionsprogramm entstehen lasse, das die Sozialdemokratie „aktionsfähig“ mache und dem größten Teil ihrer Anhänger verständlich bleibe. Zudem: in einer gärenden Zeit, wie der unseren, wo das einzige Gewisse die Ungewißheit des Kommenden ist, müsse ein „einstweiliger Arbeitsplan, der auf der Grundlage der heute schon erkennbaren Veränderungen die Bahn absteckt“, genügen. Kunow betrachtet ausdrücklich den Kommissionseckentwurf als einen „Lückenfüller für die Übergangszeit“, bis die neue Lage geklärt sei und das „längst veraltete“ Erfurter Programm durch ein neues ersetzt werden könne. Und in der Tat, wenn man dieses noch völlig doktrinäre Produkt aus dem Jahre 1891, das zum Teil schon, als es angenommen wurde, „durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt“ gewesen sei, mit dem Aktionsprogramm von 1918 vergleicht, so sieht man, welche Fortschritte die „Revolutionierung der Revolutionäre“ (Blenge) inzwischen gemacht hat und wie nötig eine Revision der Parteidogmen geworden ist.

Schon die Einleitungen beider Dokumente zeigen ihren völlig verschiedenen Geist. Die Erfurter läßt noch in breiter Front das schwere Geschütz der marxistischen Theorie auffahren, in einer „ellenlosen Auseinandersetzung“, als förmliche „ökonomische Abhandlung“ (Kunow), die darauf folgenden Einzelforderungen geradezu erdrückend, schwelgt der soeben vom Zwange des Sozialistengesetzes befreite Redefluß der Parteierolbe in den Schlagworten des „kommunistischen Manifestes“ von dem Elend, der Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenbewußten Internationalität des Arbeiterstandes. Die Einleitung von 1918 ist ehrlich genug, auf diese wirklich nicht mehr recht zeitgemäßen Phrasen zu verzichten und die klavollen Thesen der ökonomisch-materialistischen Geschichtsauffassung zu dem einen Satz zusammenschrumpfen zu lassen, daß die sozialdemokratische Partei „in zielbewußter Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen“ müsse.

Um dies zu erreichen, wird an der Spitze der „politischen Forderungen“, wie nicht anders zu erwarten, der Grundsatz der Volksherrschaft proklamiert. Aber die Art seiner Durchführung weicht von dem 1891 empfohlenen Verfahren ab. Hielt man damals eine „direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes“, — neben der Wahl der Behörden — für das geeignete Mittel, so scheint man ein Menschenalter später der Unmöglichkeit solcher Kantönlipolitik für den modernen Großstaat eingesehen zu haben. Nunmehr wird bloß entscheidender Einfluß des Volkes auf die parlamentarischen Körperschaften — durch das bekannte Wahlrecht politisch Unmündiger — und „Entscheidung dieser Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister“ verlangt. Die hiermit umschriebene Volksherrschaft ist aber auch verschieden von dem, was sonst auf der

Sinken, wo man ja jetzt ganz offen die „Volkssouveränität“ fordert\*), darunter verstanden wird. Wir haben in den Kreuzartikeln wiederholt darauf hingewiesen, daß man in sozialdemokratischen Kreisen durchaus nicht allgemein das innerpolitische Evangelium der Fortschrittspartei, die parlamentarische Regierungsweise, anerkennt. Da man sich bis zum heutigen Tage\*\*) nicht hat entschließen können, in verantwortlicher Form an der Regierung teilzunehmen, vielmehr nach der Gewohnheit des deutschen Frühkonstitutionalismus auf Gewaltentrennung zwischen Minister und Abgeordneten bedacht war, so kann jene Haltung nicht wundernehmen. Den „Obrigkeits“staat will natürlich auch diese Strömung unter den Sozialisten abschaffen, aber der an seiner Stelle von ihnen erstrebte Volksstaat soll nicht nach den Methoden des party system eingerichtet werden, das als Erfindung der „Bourgeoisie“ verdächtig ist, sondern vielmehr so, daß die allerdings ihres konservativen Stufencharakters zu entkleidende Bürokratie mehr oder weniger am Ruder bleibt, das Parlament dagegen in scharfer Kontrolle und in demokratisch-sozialistischem Sinne den Kurs bestimmt. Man hat hierfür das Schlagwort vom „Verwaltungsstaat“ ausgegeben — auch das Aktionsprogramm gebraucht es in der Einleitung. Das will besagen, daß der Hauptwert auf eine im sozialistischen Klasseninteresse — das naiv mit der *salus publica* gleichgesetzt wird — geführte, Administration wirklich sachkundiger Fachleute gelegt wird. Eine von unten auf demokratisierte Bürokratie, wie sie ähnlich dem Freiherrn vom Stein vorschwebte, ist jenen Kreisen um Heilmann (bei uns) und Renner (in Osterreich) eine bessere Gewähr sozialistischer Zukunft, als das kontrollenlose Verwaltungsregime der Parlamentsmehrheit mit ihrer Patronage- und Korruptionswirtschaft. Man hat in diesem Sinne den Parlamentarismus geradezu als „Abweg von der Demokratie“ bezeichnet.

Mag dies auch von der gegenwärtigen Parteiorthodoxie bestritten werden — der „Vorwärts“ schwört auf das parlamentarische System —, so können sich doch die Anhänger des Verwaltungsstaates darauf berufen, daß jenes System dem sozialdemokratischen Programm von jeher unbekannt war. Den Volksstaat sozialistischen Gepräges umschrieb jüngst eine Kritik der „Glocke“ zum Unterschied von den Idealen unserer bürgerlichen Demokratie folgendermaßen: Volksstaat ist weder parlamentarischer Parteistaat noch Obrigkeitsstaat noch Korporationsstaat. Aber er braucht den starken mittleren Willen einer leistungsfähigen Obrigkeit neben der wirklich sachverständigen Aufsicht seines Parlaments und der selbsttätigen Mitarbeit der zusammengeschlossenen Interessentengruppen. Der „sozialistische Verwaltungsstaat“ des Aktionsprogramms wird an diesen Elementen nicht vorbeigehen dürfen. Die vorsichtige Sprache der Kommission zeigt auch, daß man sich des strittigen Charakters der Materie wohl bewußt ist und absichtlich vermeidet, von der „Einführung parlamentarischer Regierungsweise“ zu reden, wie es die interessierte Presse („Frankfurter Zeitung“ u. a.) zu Unrecht wahr haben möchte.\*\*\*)

Trotzdem werden natürlich die Kompetenzen der Volksvertretung erweitert. Zu der schon in Erfurt geforderten Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden tritt jetzt noch das in der Gegenwart weitverbreitete Verlangen, ihn auch bei der Abschließung von Verträgen föderativer Natur („Bündnisverträge mit fremden Mächten“) zu beteiligen. Es ist dies nur eine Folgerung aus dem gleichfalls zeitgemäßen Postulat, die Geheimdiplomatie abzuschaffen. Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer (1891 hieß es noch dem alten Milizgedanken

\*) Vgl. z. B. den Artikel: „Der Sinn der Regierungskrise“ in Nr. 467 des „Berliner Tageblattes“.

\*\*) Die jüngsten Ereignisse scheinen ja allerdings eine Wandlung anzudeuten.

\*\*\*) Das „Regierungsprogramm“ der Partei vom 23. September verlangt zwar „Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit“, setzt aber doch hinzu: „oder aus Personen, die der Politik der Reichstagsmehrheit entsprechen“. Außerdem ist zu beachten, daß dieses Programm gegen beträchtliche Oppositionsminderheiten, namentlich im Partei-ausschuß, angenommen wurde.

entsprechender: Volkswehr), zunächst durch Herabsetzung der Dienstzeit, und als außenpolitisches Gegenstück der Abrüstung internationale Rechtsorganisationen zu diesem Zwecke, ferner die bekannten Wünsche auf dem Gebiete des Vereinsrechtes, der Selbstverwaltung und der Einheitschule runden das Bild der politischen Forderungen ab.

Eine einfache Überlegung sagt, daß der Sozialismus, trotzdem er in gewisser Weise — durch sein Eintreten für den vierten Stand — der Rechtsnachfolger des Liberalismus wurde, diesem innerlich fremd, ja feindlich gegenübersteht. Ihre Kampftrübe Freiheit und Gleichheit, so brüderlich sie auch die Revolution zusammenstellte, schließen einander, absolut genommen, aus! Der Liberalismus kämpft — zugunsten seines Freiheitsideals — für die Emanzipation der Gesellschaft vom Staate, der Sozialismus will gerade den Staat, „seinen“ Staat, an die Stelle der Gesellschaft setzen, um sein Ziel, die Gleichheit aller, zu erreichen. Darum wäre es auch nach den Worten eines Sozialisten „nicht Versehen oder Zufall, sondern ein notwendiger Bestandteil der sozialdemokratischen Auffassung“, wenn sie die parlamentarische Regierungsweise „nirgends auch nur als vorläufigen Fortschritt“ in ihr Programm aufnehmen würde. Liegt doch deren Wesen gerade in der Herrschaft der — parlamentarisch vertretenen — Gesellschaft über den — bürokratisch vertretenen — Staat, insbesondere jener sozialen Klassen, die auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. So faßte sie das Erfurter Bekenntnis als Gegner der Arbeiterklasse zusammen; so unterscheiden sich auch heute die bürgerlichen Parteien als Vertreter letzten Endes irgendwelcher kapitalistischen Interessen („Vorwärts“ vom 25. Mai 1918) von den Sozialdemokraten im Sinne des Lutherwortes „Ihr habt einen anderen Geist als wir“. Aus taktischen Gründen wird man mit ihnen, soweit sie für die Parlamentsgewalt eintreten, hier und dort im Lager der Sozialdemokratie zusammengehen, um nur erst einmal an der Staatsgewalt irgendwie beteiligt zu sein; auch diese dem Parlamentarismus gewogene Strömung denkt dabei wohl, später die fremden Aktien abzustoßen und das Unternehmen ganz auf eigene Rechnung zu führen. Die anderen aber können sich nicht einmal dazu verstehen; in dem zweifellos richtigen Gefühl, daß ja doch eigentlich gar nicht der bürokratische Staat der Begner ist, sondern die kapitalistische Gesellschaft und jener vielmehr als Herrschaftsinstrument ein Bundesgenosse gegen diese.

Der sozialistische Zukunftsstaat mit seiner autoritativ geleiteten Gütererzeugung und Güterverteilung ist Fleisch vom Fleische jenes „Obrigkeitsstaates“, dessen Zwangsgewalt die Manchesterleute des 19. und 20. Jahrhunderts entrüstet und dessen politische Bevormundung sie als einen unwürdigen Zustand empfinden. Ja er übertrifft seinen Vorgänger selbst in der schroffsten Form des alten „Polizeistaats“, indem er zur allgemeinen Revollierung der „Untertanen“ durch das auf die Spitze getriebene Prinzip der Gleichheit fortschreitet, während dieser die sozialen Unterschiede gekliffentlich konserviert hatte. So kann die Abneigung gegen den Obrigkeitsstaat, die wir auch bei Sozialisten bemerken, wenn sie nicht eine der vielen Beeinflussungen durch den Liberalismus darstellt, sozialistisch — konsequent nur aus dem Umstande erklärt werden, daß „die Trauben zu hoch hängen“, wobei die Erbitterung durch die Beobachtung verstärkt wird, daß sich der bestgehaßte Feind in Gestalt der groß-agrarischen und -industriellen „Ausbeuter“klassen an ihnen gütlich tut. Die Abneigung würde in das Gegenteil umschlagen, sobald ein Besitzwechsel in der Macht eingetreten wäre; denn auch die Sozialisten sind von der Phrase überzeugt, daß es nicht daselbe ist, wenn zwei dasselbe tun, worin sie der naive Glaube bestärkt, für das Wohl des deutschen „Volkes“ schlechthin, — in Erfurt hieß es noch überschwänglicher: für das gesamte Menschengeschlecht — zu kämpfen.

Diese Seelenverwandtschaft mit dem Bürokratisch-Staatlich-Obrigkeitlichen — nicht ohne Grund sind sich Bismarck und Bismarck nahe getreten! — offenbart sich in den weiteren Partien des Aktionsprogramms ganz deutlich. Fast aus jedem Absatz tönt der Ruf nach dem Retter Staat aus den Nöten der Gesellschaft, sei es

bei der Übergangswirtschaft mit festzuhaltenden Höchstpreisen und Lebensmittelrationierung oder bei den Fragen des Exports und Imports, des Meereisbetriebs, der Sicherstellung des Arbeitsmarktes u. a. m.

Der zur Verfügung stehende Raum verbietet ein Eingehen auf die einzelnen Teile des Programms. Am meisten sozialistischen Geist atmet der dem Kampf gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde gewidmete Abschnitt. Soweit die wirtschaftliche Entwicklung — heißt es da — bereits bestimmte Privatmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewähren, zu verstaatlichen. Wo die Entwicklung noch nicht bis zum Monopol entartet ist, soll doch wenigstens zur Beaufsichtigung der Kartelle im Reichswirtschaftsamt ein besonderes Kartellamt eingerichtet werden, das die Geschäftsbücher der syndikalistischen Verbände kontrollieren und Preistreiberereien entgegenreten kann. Es ist das also gleichsam eine „Expropriation der Expropriateure“ in zweiter Instanz. Die Privatwirtschaft der vereinigten Einzelbetriebe, — wie sie durch die Kartellierungsbestrebungen hergestellt ist, — erlebt das Schicksal, das sie den von ihr „exproprierten“ Einzelunternehmen bereitet hat, nunmehr am eigenen Körper. Auf dem Gebiete des Bankwesens begnügt man sich mit einer bloßen Erweiterung der Reichsaufsicht und durch Ausbau der Reichsbank einem stärkeren Einfluß dieses staatlichen Betriebes auf das private Bankgewerbe. Gerade von nichtsozialistischer Seite sind da viel weitergehende Vorschläge gemacht worden, so daß sich eine bemerkenswerte Mäßigung des Programms zeigt.

In der Handelspolitik waren weite Kreise der Sozialdemokratie vor dem Kriege freihändlerisch orientiert. Auch der Kommissionssentwurf will „das bisherige System der Absperrung des deutschen Inlandmarktes durch hohe Lebensmittelpölle“ aufgehoben wissen. Nun ist mit Recht gesagt worden, daß die Alternative: Schutz Zoll oder Freihandel eigentlich überhaupt keine Parteifrage, sondern eine solche der Zweckmäßigkeit ist, überdies kann man es für ungewiß halten, ob nach dem Kriege die alten Unterscheidungsformeln noch Geltung haben. Die Urheber des Entwurfs reden nur von den Lebensmittelpöllen, man erkennt also nicht, wie weit ihre freihändlerischen Sympathien gehen. In einer kritischen Besprechung der „Sozialistischen Monatshefte“ bemerkt der Abgeordnete Cohen: Ohne ein gut durchdachtes Zollsystem wird Deutschland nach dem Kriege weniger denn je auskommen können, und auch wir Sozialdemokraten werden uns dazu verstehen müssen, für Zölle einzutreten, die unter weitgehender Differenzierung allen Produktionsgebieten höchste Schaffensmöglichkeit gewährleisten. Daß diese Stimme nicht vereinzelt ist, zeigt das bekannte Buch des Genossen Lensch, Drei Jahre Weltrevolution, wo der Schutz Zoll als Revolutionär und Träger der fortgeschrittenen Wirtschaftsform gefeiert wird.

Wie bei der Handelspolitik so bestehen Unausgeglichenheiten und Gegensätze im sozialistischen Lager auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik, wo die Gewerkschaften ihre Sonderwünsche haben\*). Überhaupt ist die Unzufriedenheit mit dem Werke der Würzburger Parteileiter groß. Von allen Seiten kommen Vorwürfe, Ausstellungen, Ergänzungen. Namentlich der Mangel eines Agrarprogramms wird allgemein schmerzlich empfunden, um so stärker, als es sich hier schon um einen wunden Punkt des Sozialismus (vgl. das Schicksal der Agrarkommission) handelt. So meint der Vorwärtsredakteur Stampfer, daß der Fehler des Erfurter Programms, zu industrieproletarisch, städtisch gedacht zu sein, im Aktionsprogramm in verstärktem Maße wiederkehre. In Kapitel IX (Kommunalpolitik) lese man die schöne Forderung: „Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln“, aber diese wüchsen nicht auf dem Rathaus, sondern auf dem Acker, und die beste kommunale Lebensmittelpolitik

\*) Vgl. Umbreit in Nr. 31 der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“.

bliebe in der Luft hängen ohne Sicherung ihrer agrarischen Grundlage. Hier aber sei das *ceterum censeo*: Enteignung des Großgrundbesitzes, der einer Verständigung zwischen Stadt und Land im Wege stehe. Man kann die Erregung begreifen, ist doch der Kampf um die Seele des Bauern für den deutschen Sozialismus nicht minder bedeutsam als für den russischen.

Doch wir haben uns mit den Lücken des Entwurfs nicht weiter zu beschäftigen — die Gegengründe des Genossen Kunow sind oben genannt —, sondern nur noch unserer Übersicht ein allgemeines Schlußwort anzufügen.

Und da müssen wir sagen: trotz aller Mängel im einzelnen ist das Werk der Kommission besser als sein junger Ruf. Gerade die Empörung, die es von den entgegengesetzten Seiten umstößt, beweist, daß der Kurs mitten durch der richtige ist. Die „Regierungssozialisten“ haben allerdings durchaus nicht ihre grundsätzliche Stellung gegen die kapitalistische Gesellschaft aufgegeben und auf die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsordnung durch die sozialistische verzichtet, wie ihnen von unabhängiger Seite mit deutlichster Tendenz vorgeworfen wird, wohl aber vermeidet die neue Kundgebung die schädlichen Wirkungen doktrinärer Verrantheit, indem sie gewissen traditionellen Utopien entschlossen den Laufpaß gibt. Sie ist in der Tat, wie der „Vorwärts“ schreibt, in ihrer Gesamtheit ein Willensbekenntnis, auf den durch den Krieg geschaffenen Grundlagen praktisch weiterzuarbeiten, . . . auf dem Boden der Wirklichkeit und Gegenwart. Das sollte man auch im konservativen Lager anerkennen, und nicht, wie es zum Beispiel in der „Deutschen Tageszeitung“ geschieht, das von gehässigen Phrasen freigehaltene Programm mit gehässigen Gegenphrasen (Herdendasein, Verhaustierung, sozialistische Engstirnigkeit) bekämpfen, was keinen anderen Erfolg hat als gereizte Polemik auf Kosten der sachlichen Probleme. ❖



## Die Hoffnung

Wie aus Steinen das Grün  
Am verödeten Tor,  
Dringt aus allen Ritzen  
Unglücklicher Tage  
Die Hoffnung hervor.

Wir wandeln in Trauer  
Und haben's nicht acht,  
Doch sie wächst in der Stille,  
Sie blühet, sie wuchert,  
Sie lockt und sie lacht —

O glückliche Torheit  
Der Menschenbrust,  
Auf dunkelsten Wegen  
Die Hoffnung zu hegen  
Uns unbewußt!

Frieda Port

